

Kinderbetreuung in Kindertagesstätten in ernster Gefahr

Resolution SPD Ortsverein in der Gemeinde Söhlde

Beschlossen anlässlich der Mitgliederversammlung am 23. März 2023

Die Ausgangssituation ist hinlänglich bekannt: nicht erst seit Corona ist die Personalausstattung landesweit in den Kindertagesstätten so schlecht, dass Gruppen komplett oder zumindest zeitweise nicht geöffnet werden können. Die politisch ganz sicher richtige Freistellung der Eltern von den Kindergarten-Gebühren ist vom Landtag in Hannover leider nicht weitsichtig durch Maßnahmen zur Personalgewinnung begleitet worden. Der Verzicht auf das Schulgeld reicht einfach nicht. Es war doch allen klar, dass die Nachfrage in den Kindergärten schlagartig steigen würde...

In der Gemeinde Söhlde werden drei Kindertagesstätten vom Kirchenkreis Hildesheim-Alfeld betrieben. Dieses erfolgt im Auftrag der Gemeinde, die wiederum die Aufgabe der Kinderbetreuung durch einen Vertrag vom Landkreis Hildesheim übernommen hat.

Um langfristig die Kinderbetreuung in der Gemeinde zu gewährleisten, haben wir – begleitet von intensiven und kontroversen Diskussionen- in Hoheneggelsen einen Anbau für eine Kindergarten-Gruppe realisiert. (Gesamtkosten knapp 1 Mio. €) Der Anbau steht leer, eine Betreuung kann dort nicht stattfinden! Darüber hinaus ist der Neubau einer KiTa in Groß Himstedt geplant. (Beschluss 2020!) Wegen diverser Umweltauflagen und einer mangelnden Kooperation des Landkreises Hildesheim konnte seitdem noch nicht einmal der notwendige Flächennutzungs-Plan begonnen werden. Sarkastisch formuliert, könnte man sagen: Gott sei Dank, es gibt ja eh keine Betreuungskräfte...

Zurzeit wird in der Gemeinde Söhlde mit Kirche, Gemeinde und Eltern um eine zumutbare Änderung der Betreuungszeiten in den bestehenden Einrichtungen gerungen, um wenigstens den Anbau in Hoheneggelsen mit Leben erfüllen zu können. Das Ende ist offen...

Wir können uns keine Betreuungskräfte „aus den Rippen schneiden“, benötigen aber sehr dringend Initiativen in Bund und Land, um diese prekäre Situation kurz- und mittelfristig ändern zu können.

Unsere Forderungen angesichts des beschriebenen Notstands:

- Übergangsweise den **Betreuungsschlüssel aufweiten** (geht ja offensichtlich-Ukraine!)
- Übergangsweise die **Anforderungen an die Qualifizierung** zumindest für ein Drittel der Kräfte in den KiTas herabsetzen.
- Die **Anmeldungen für die Grundschulen wieder vorziehen** und damit Planbarkeit für Schulen und KiTas wieder herstellen. In Bremen zum Beispiel muss das bis Ende Januar erledigt sein!
- Endlich den **Einstieg in eine entlohnte Ausbildung** für Erzieherinnen und Erzieher wagen. Das könnte zum Beispiel mit einem dualen Studium für höher qualifizierte oder durch eine (bezahlte) praktische Ausbildung vor Ort geschehen. Die Ausbildungen für Alten- und Krankenpfleger*innen geht ja diesen Weg. Vielleicht wird es dann auch irgendwann etwas mit der „dritten Betreuungskraft“...

Wir sind gespannt auf die Stellungnahmen unserer Abgeordneten.

Für den Ortsverein

Patricia Stegen

Co Vorsitzende

Michael Grajetzky

Co-Vorsitzender